

## **Fastenzeit in der Jugendwohlfahrt eingeläutet**

Die „Plattform Kinder- und Jugendhilfegesetz“ formulierte heute, Freitag, den 19.2.2010 um 10 Uhr in einer gemeinsamen Pressekonferenz ihre Forderungen nach dringenden Änderungen und Ergänzungen im jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf zum "Kinder- und Jugendhilfegesetz".

Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz befindet sich seit nunmehr 2 Jahren in der Warteposition. Die Erstfassung enthielt unter anderem substantielle Verbesserungen hinsichtlich einheitlicher Qualitätskriterien, der Kooperation aller beteiligter Berufsgruppen und regelmäßiger Berichterstattung über Problemstellungen und Entwicklungsbedarf an das Parlament.

Mehrere Bundesländer verlangten Änderungen, um die befürchteten Kostensteigerungen zu minimieren.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ist ein überarbeiteter Gesetzesentwurf, aus dem die zentralen Fortschritte gestrichen wurden. Das Engagement und die Fachkompetenz vieler ExpertInnen, die sich an der Gestaltung des neuen Gesetzes beteiligt hatten, wurden damit ad absurdum geführt.

Die Verbesserungen in der Jugendwohlfahrt – nach dramatischen Einzelfällen zu recht gefordert – rücken damit in weite Ferne.

Die wichtigsten Forderungen der „Plattform Kinder- und Jugendhilfegesetz“:

- Einheitliche Qualitätskriterien und Qualitätssicherung
- „Vier-Augenprinzip“ bei der Feststellung der Gefährdung von Kindern
- Fortsetzung von Betreuungen auch über das 18. Lebensjahr hinaus
- Einheitliche Standards bei der Informationsweitergabe und interdisziplinären Kooperation (Schnittstellenmanagement)
- Qualitätsmonitoring zur Umsetzung und Berichte ans Parlament
- Uneingeschränkte Berücksichtigung der UN Konvention über die Rechte des Kindes

Abschließend appellierten die VertreterInnen an die Politiker, das Wohlergehen jener Kinder und Jugendlichen Österreichs, die unsere Hilfe am nötigsten hätten, nicht auf einen reinen Kostenfaktor zu reduzieren. Diese sogenannten Kosten seien keine, sondern eine Investition in die Produktivität, soziale Sicherheit und in die Volkswirtschaft unseres Landes.

**Es bedanken sich für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung:**

Ernst **Berger** (Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie)

Georg **Dimitz** (ÖGB)

Michael **Gnauer** (IG Chancengesetz/SOS Kinderdorf)

Gerald **Herowitsch-Trinkl**, (Dachverband Österreichischer Jugendwohlfahrtseinrichtungen)

Maria **Moritz** (OBDS - Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen)

Monika **Pinterits** (Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs)

Martin **Schenk** (Diakonie)

**Moderation:** Herbert **Paulischin** (Geschäftsführer OBDS)

**Rückfragen und weitergehende Information:**

Dr. Ulrike Swennen-Schlick

Öffentlichkeitsarbeit OBDS

0664 423 22 54

[uschlick.kommunikation@a1.net](mailto:uschlick.kommunikation@a1.net)

Text zu Foto:

Die „Plattform Kinder- und Jugendhilfegesetz“ will die Jugendwohlfahrt in die richtige Richtung lenken:

v.li.n.re. Georg Dimitz, Maria Moritz, Michael Gnauer, Gerald Herowitsch-Trinkl, Herbert Paulischin, Ernst Berger, Martin Schenk, Monika Pinterits.